

Initiative Ziviles Bremen will Forschung und Technologieentwicklung entmilitarisieren

Bremer Know-how zur Flüchtlingsabwehr

VON KATRIN LANGE
UND TORSTEN SCHLUSCHE

Mit ihrer »Erklärung für eine zivile Forschung« will die Initiative Ziviles Bremen (IZB) deutlich machen, dass unter dem Deckmantel ökologischer Forschung und Technologieentwicklung Projekte gefördert werden, die – oftmals ohne es direkt zu wollen – militärische oder quasi-militärische Zwecke befördern. Die IZB bezieht sich vor allem auf die Satellitentechnologie, die zur Flüchtlingsabwehr an den EU-Außengrenzen genutzt wird, und thematisiert die Rolle von Akteuren im Lande Bremen.

»Wir haben nur eine Erde« (1), mit diesen Worten bewirbt das Land Bremen sein Engagement für das EU-Programm »Global Monitoring for Environment and Security« (GMES), in dessen Rahmen bis 2013 jährlich 200 Millionen Euro ausgegeben werden. Dieses Programm soll eine Vielzahl von bestehenden Satelliten vernetzen sowie ihre Daten zentral zusammenführen, auswerten und – verkaufen. Mit der Betonung eines zugleich hochtechnologischen wie bewahrenden Ansatzes liegt die Hansestadt auf einer Wellenlänge mit offiziellen Äußerungen zum GMES-Projekt. Auch dort werden vor allem ökologische Belange zur Begründung herangezogen.

Doch tatsächlich bilden Sicherheitsaspekte schon von Beginn an einen Grundbestandteil von GMES. Auf EU-Ebene gab die GMES-Arbeitsgruppe »Sicherheit« im Jahre 2003 ein Papier heraus, in dem sie selbstverständlich davon ausgeht, dass das System auch von Militärs genutzt wird (2). Inzwischen ist klar, dass die NATO Zugriff auf GMES-Daten erhält (3).

In den Gremien, Hearings und Kommissionen, die GMES auf den Weg bringen, tauchen zudem regelmäßig Vertreter der EU-Grenzschutzagentur FRONTEX (4) auf. Zwei parallel arbeitende Unterprogramme von GMES arbeiten direkt auch an der Abwehr »illegaler« Migration: Während LIMES sich eher auf die Land-Überwachung konzentriert, ist MARISS mit der Abwehr von Flüchtlingsbooten befasst. Ständige Mitglieder von MARISS sind die Grenzschutzpolizeien, die die Überwachungsdienste später in Anspruch nehmen wollen. Die Europäische Kommission formuliert in einem Papier aus dem Februar 2008, dass die

europäische Grenzschutzagentur FRONTEX »in enger Zusammenarbeit mit dem GMES-Büro der Kommission eine Lückenanalyse der gegenwärtigen und künftigen Nutzung von Satelliten für Zwecke der Grenzüberwachung« durchführen soll (5).

GMES stellt die Grundstruktur, auf der die EU einige ihrer zentralen Politikfelder aufbauen will. Das betrifft zum Beispiel auch die integrierte Meerespolitik (IMP). Die aggressive Abwehr von Flüchtlingen wird so auch Bestandteil dieser Politikfelder. Über die IMP schreibt die Europäische Kommission 2008:

»Für eine optimale Nutzung der Meere muss diese (...) unter idealen Sicherheitsbedingungen stattfinden. Die öffentliche Hand muss den Schutz der Meeresnutzer sowohl gegen natürliche und technische Risiken als auch Aggressionen von außen, wie Piraterie, Terrorismus, illegale Geschäfte sowie illegale Einwanderung gewährleisten können« (6).

Die perspektivischen Bestrebungen, über GMES zu einer EU-weit vernetzten satellitengestützten Flüchtlingsabwehr zu kommen, treffen vor den Südgrenzen der EU bereits auf die Realität. Dort sind in den vergangenen Jahren allein nach Presseauswertungen mehr als 15.000 Menschen im Meer ums Leben gekommen – die Dunkelziffer wird dabei als sehr hoch eingeschätzt (7).

Mit der Gründung der europäischen Grenzschutzagentur FRONTEX im Jahre 2005 hat die Kontrolldichte insbesondere auf den Meeren stark zugenommen. Nach übereinstimmender Einschätzung von Menschenrechtsorganisationen und Wissenschaft hat dies dazu geführt,

*Protestaktion gegen FRONTEX
im Hafen von Mytelli auf Lesbos.*



dass die Risiken einer Flucht aus Afrika gestiegen sind: »Die Verstärkung der Kontrollen an den Außengrenzen der EU hat die Anzahl irregulärer Einwanderer nicht verringert, aber dazu geführt, dass jetzt andere und immer gefährlichere Routen von ihnen genutzt werden (...) Diese Verschiebung der Fluchtrouten führte nachweislich zu einem Anstieg der Todesfälle unter den Migranten« (8).

Zum anderen gibt es zahllose Belege, dass Flüchtende von FRONTEX oder einzelnen Grenzschutztruppen auf hoher See zur Umkehr gezwungen werden – wobei ihr Tod in Kauf genommen wird. Eine agentureigene Statistik spricht für 2008 von 6000 auf diese Weise zur Umkehr gebrachten Menschen. Dieser oft tödliche Aspekt der Arbeit von FRONTEX hat der Agentur vielerorts große Kritik eingebracht. Selbst der Senat des Landes Bremen geht in der Antwort auf eine Anfrage der Links-Fraktion davon aus, dass hier grund- und menschenrechtliche Standards erst noch sicherzustellen sind (9).

Gerade dieser Aspekt, das Aufspüren und Abdrängen von Flüchtlingsbooten, wird durch eine global vernetzte Erdbeobachtung gestützt und verstärkt werden. Dennoch setzt das Land Bremen darauf, im Sicherheitsbereich des GMES-Projekts EU-Gelder an Land zu ziehen. Dafür stehen gleich zwei zentrale Vorhaben:

»DeMarine« heißen bundesweit ausgelegte Projekte, die das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt vergibt. Während DeMarine-Umwelt seinen Sitz in Hamburg beim Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie (BSH) hat, ist Bremen Standort von DeMarine-Sicherheit. Der Schwerpunkt von DeMarine-Sicherheit liegt auf der Überwachung der Meere und des Schiffsverkehrs. Als Agent für die Vernetzung der in der Hansestadt beheimateten Kompetenz und die Evaluierung zukünftiger Nutzer der von GMES angebotenen Dienste fungiert die langjährigen WATERKANT-LeserInnen wohl bekannte gemeinnützige Gesellschaft GAUSS. Gegenstand der vor 14 Jahren aus dem Wirtschafts- und Häfenressort heraus gegründeten Firma ist ursprünglich »die Förderung von Wissenschaft und Forschung auf den Gebieten des maritimen Umweltschutzes in der Seeschifffahrt und der Schiffssicherheit im Seeverkehr« (10), wobei letzteres neben der Sicherheit der Ladung ursprünglich vor allem auf die Ausbildung von

Bremer Erklärung für eine zivile Forschung

gegen eine Verknüpfung von Umweltforschung mit militärischer Nutzung und Grenzüberwachung im Rahmen von satellitengestützter Erdbeobachtung.

Wir, Angehörige von Universitäten, Forschende und Studierende, in wissenschaftlichen Instituten und Umweltverbänden Beschäftigte, Bürgerinnen und Bürger, sind in Sorge.

In Sorge darüber, dass Umweltforschung zunehmend zum Feigenblatt für Belange von Militär und Grenzüberwachung wird.

Es gibt viele gute Gründe für satellitengestützte Forschung. Wir brauchen Erdbeobachtungsdaten, um den Klimawandel zu begreifen, vor Unwettern zu warnen, oder zum Beispiel zur Aufdeckung der illegalen Verklappung von Öl und anderen Giftstoffen auf hoher See, und in vielen anderen Bereichen.

Kurz: Wir begrüßen die Beobachtung der Erde zur Rettung der Erde, die Beobachtung der Meere zur Rettung der Meere.

Aber: Wir lehnen die Beobachtung der Erde und der Meere ab, wenn sie der Abwehr von Menschen dient, die sich retten wollen – und zwar gerade auch zunehmend vor eben diesen Umweltkatastrophen, Folgen des Klimawandels sowie Ressourcenkriegen.

Letzteres wird aber zu einem erheblichen Maße mit den finanziellen Mitteln gefördert, die im Rahmen des europäischen GMES-Projektes (Global Monitoring for Environment and Security) zur Verfügung stehen. Bei der Entwicklung des Programms waren die Europäische Verteidigungsagentur EDA und die EU-Grenzschutzagentur FRONTEX von Anfang an maßgeblich beteiligt. Auch die EU-Strategie zur integrierten Meerespolitik (IMP) verknüpft beispielsweise Fischereikontrolle mit Grenzkontrolle und Migrationsabwehr.

Militärische Ziele wie die Abwehr von Flüchtlingen und die verbesserte Aufklärung für den Kriegsfall bestimmen also die technischen Spezifikationen der Satellitentechnologie (aufwendige Verschlüsselung der Daten, Echtzeitaufnahmen, Bilder mit immer höherer Auflösung). Wir befürchten, dass im Schlepptau ziviler Umweltforschung zunehmend auch militärische Programme ausgebaut werden.

Wir erklären daher,

- dass wir uns an keinen Projekten und Programmen beteiligen wollen, in denen eine Kooperation zwischen zivilen und militärischen Nutzern vorgesehen ist, wie zum Beispiel zum Zwecke der Überwachung der EU-Außengrenzen.

- dass wir uns ausdrücklich vom »Sicherheits«programm im Rahmen des EU-Programms GMES sowie des IMP distanzieren: environment ja, security nein!

- dass wir uns dafür einsetzen werden, zivile Forschungsprogramme von Programmen für Ziele von Militär und Grenzschutz zu entkoppeln.

Initiative ziviles Bremen (IZB)
c/o Bremer Friedensforum, Villa Ichon
Goetheplatz 4, D-28203 Bremen
Kontakt: initiative-ziviles-bremen@gmx.de

Diese Erklärung ist bis Redaktionsschluss von knapp 100 Einzelpersonen und Verbänden unterzeichnet worden. Details unter <http://ziviles-bremen.noblogs.org/>.



Mannschaften und Offizieren nach dem internationalen STCW-Abkommen von 1995 gemünzt war (11). Jetzt hingegen organisiert die Gesellschaft Pilotprojekte in der satellitengestützten Überwachung der Meere; Projekte, von denen GAUSS selbst sagt, dass sie auch zur Überwachung »illegaler« Migration dienen sollen (12). Unter dem Dach dieser Gesellschaft bieten die in Bremen ansässigen Rüstungsfirmen OHB und EADS Astrium ihre Produkte an; formal wird GAUSS durch einen Aufsichtsrat kontrolliert, in dem Vertreter der Finanzbehörde, der Universität und der Hochschule Bremen sitzen.

Im September 2009 hat das GMES-Büro des Landes Bremen das »Centre for Communication, Earth Observation and Navigation Services« (CEON) gegründet. Der Arbeitsauftrag von CEON, übrigens wie GAUSS eine »gemeinnützige« GmbH, ist mit dem von DeMarine vergleichbar: Auch hier geht es um die Bündelung von Kompetenzen und Nutzern, die von GMES profitieren könnten. Auf seiner Homepage benennt CEON fünf Arbeitsschwerpunkte; hinter gleich drei von ihnen sind Projekte zu vermuten, die mit der Überwachung der Meere, des Schiffsverkehrs und so schließlich mit der Abwehr irregulärer Migration verbunden sind: Insbesondere die CEON-Aufgabe »maritime surveillance« hat sich in der Sprachregelung der EU-Politik zu einem Synonym für die Überwachung der Meere zur Flüchtlingsabwehr entwickelt. Als Geschäftsführer des CEON fungiert mit Stephan Holsten ein Ingenieur von OHB.

Dass unter dem Dach der Bremer Weltraum-Industriepolitik sehr schnell die Rüstungsfirmen EADS-Astrium und



Bergung von Flüchtlingen auf Lampedusa (li.), FRONTEX-Zentrale in Warschau (re.).

OHB zum Vorschein kommen, ist keine Überraschung. EADS-Astrium ist EU-weit größter Anbieter von großen Satellitensystemen, für OHB kann dasselbe bezüglich kleinerer Systeme gelten. Für das Satellitenprogramm der EU ist das Know-how der beiden Firmen unverzichtbar. OHB hat mit SARLupe nicht nur den ersten Aufklärungssatelliten der Bundeswehr konstruiert, sondern gerade den Zuschlag bekommen für den Bau eines Satellitensystems, das unter dem Namen GALILEO eine europäische Alternative zum amerikanischen GPS bieten soll. EADS wiederum baut einige neue Satelliten im Rahmen des GMES-Programms.

Beide Firmen bieten schon heute Produkte, die der Abwehr von Flüchtlingen dienen. So gibt die OHB-Tochterfirma Luxspace ihre Daten genauso an das GMES-Grenzschutzprogramm

MARISS weiter (13) wie der EADS-Astrium-Vorzeigesatellit Terra SAR X, auf den zudem FRONTEX und die portugiesische Küstenwache routinemäßig zugreifen (14).

Am 1. März 2010 hat die Bremer Wirtschaftsförderung mit EADS und OHB, Atlas Elektronik und Rheinmetall die Großunternehmen der Bremer Rüstungs- und Raumfahrtindustrie in ein gemeinsames Boot mit Niels Stolbergs Reederei »Beluga Shipping« und der CEON geholt: Vor Politprominenz und Medien wurde ein »Memorandum of Understanding« unterzeichnet, mit dem Bremen nun als »Kompetenzcluster für Maritime Sicherheit und Überwachung« marktführend positioniert werden soll (15).

In der Forschungs- und Industrielandschaft des Landes Bremen findet sich bezüglich der

Satellitennutzung eine ähnliche Schwerpunktsetzung wie auf EU-Ebene. Überwachung und Abwehr von Flüchtlingen, diesen Schluss zieht jedenfalls die Initiative ziviles Bremen, sind so fest in der europäischen Raumfahrtspolitik eingeschrieben, dass dieses Ziel auf unterschiedlichsten Ebenen der EU immer wieder auftaucht.

Die IZB hat sich zur Aufgabe gesetzt, eine Diskussion über die Gefahren der Verknüpfung von ziviler und militärischer Forschung anzustoßen und eine klare politische Positionsbestimmung und Abgrenzung der Umweltverbände und -institute einzufordern. ◀

ANMERKUNGEN:

1. Broschüre des Landes Bremen (2008): Globales Monitoring für Umwelt und Sicherheit – Lösungen »Made in Bremen«
2. GMES Working Group on Security (2003): The security dimension of GMES. Position Paper
3. Frank Slijper (2008) :From Venus to Mars. The European Union's steps towards the militarization of space, 38
4. <http://de.wikipedia.org/wiki/FRONTEX>
5. Europäische Kommission (2008): Prüfung der Schaffung eines Europäischen Grenzkontrollsystems (EUROSUR), 18, http://eur-lex.europa.eu/smartapi/cgi/sga_doc?smartapi!cel_expl!prod!DocNumber&lg=de&type_doc=COMfinal&an_doc=2008&nu_doc=68
6. Europäische Kommission – Generaldirektion Fischerei und maritime Angelegenheiten (2008): Die drei Instrumente der Integrierten Meerespolitik, in: dies.: Fischerei und Aquakultur in Europa, 7, http://ec.europa.eu/fisheries/publications/magaz/fishing/mag38_de.pdf
7. Regelmäßige Presseauswertungen unter www.fortresseurope.blogspot.com
8. Jesuiten Flüchtlingsdienst (2007): Positionspapier FRONTEX, 1, [www.proasyl.de/fileadmin/proasyl/fm_redakteure/ Newsletter_Anhaenge/130/policypaperfrontex.pdf](http://www.proasyl.de/fileadmin/proasyl/fm_redakteure/Newsletter_Anhaenge/130/policypaperfrontex.pdf)
9. Die Anfrage sowie die Antwort des Bremer Senats unter http://www.parlament-bremen.de/drs_abo/Drs-17-1149_a59.pdf
10. www.gauss.org/mindex.php?id=5976e2a290925ede16a713e31cf043a8
11. <http://www.stcw.org/>
12. Siehe etwa den Vortrag von Ute Hannemann vor dem Nautischen Verein Vogelfluglinie (2009): DeMarine-Sicherheit – Deutsches Schnittstellenprojekt für GMES, www.dnnev.de/media/pdf/Vortrag%20Ute%20Hannemann.pdf
13. www.luxspace.lu/index.php/News/items/luxspace-sarl-selected-as-distributor-of-global-satellite-ais-information-products.12.html
14. Critical Software SA, Coimbra (Portugal): Ship Identification for Maritime Surveillance – Space Technology for the Protection of the European External Border, http://69.89.31.227/~sitesvar/cswwro/index.php?option=com_content&task=view&id=128&Itemid=49
15. <http://www.wfb-bremen.de/de/maritime-sicherheit-startseite>